

**II-9385 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode**

Nr. 4739/J

1989-12-13 D R I N G L I C H E A N F R A G E

der Abgeordneten Dkfm. Bauer, Haigermoser
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend neuerliche Verschleierung des Budgetdefizits

Die ausgewiesene Senkung der Budgetdefizite der Jahre 1987 bis 1990 beruht im wesentlichen auf Vermögensumschichtungen und außerbudgetären Finanzierungsformen, sowie auf konjunkturell bedingten Minderausgaben bzw. Mehreinnahmen.

Dringend notwendige Strukurreformen zur nachhaltigen Entlastung des Bundeshaushaltes sind hingegen unterblieben. Die behauptete Budgetsanierung ist daher Fiktion. Die ausgewiesenen Defizite entsprechen nicht mehr der tatsächlichen Neuverschuldung und damit auch nicht mehr dem Prinzip der Budgetwahrheit.

Vor allem außerbudgetäre Finanzierungsformen werden in noch nie dagewesenen Ausmaß zur Verschleierung des wahren Defizits herangezogen. Diese betragen im kommenden Jahr einschließlich der Verwaltungsschuldenzunahme bei Post und Bahn 20,1 Milliarden Schilling, während die vergleichbare Zahl 1986 nur 7,9 Milliarden Schilling ausmachte.

Diese Kritik wurde nicht nur von der freiheitlichen Fraktion im Nationalrat erhoben, sondern fand mehrfache Bestätigung: So stellte der frühere Staatssekretär und jetzige Leiter des Instituts für höhere Studien Professor Hans Seidel fest: "Das strukturbedingte Defizit wurde im Zeitraum zwischen 1986 und 1989 sogar größer."

Staatssekretär Stummvoll meinte: "Das Defizit 1990 hätte ohne weiteres von 63 Milliarden Schilling auf 55 Milliarden Schilling gedrückt werden können."

Ex-Staatssekretär Ditz forderte eine Umstrukturierung der Budgetpolitik.

Die OECD schreibt in ihrem Bericht über Österreichs Budgetpolitik: "Die strukturelle Budgetkonsolidierung war weniger stark ausgeprägt, als das vom Schrumpfen des Defizits

suggeriert wird. Der Haushalt 1989 zeigt nach der Bereinigung um Privatisierungserlöse und die Auflösung von Reserven eine neuerliche Schwächung der Budgetstruktur."

Diese bereits bekannten kritischen Feststellungen werden nun auch in einem demnächst erscheinenden WIFO-Bericht voll inhaltlich untermauert. Das Wirtschaftsforschungsinstitut meint darin nämlich u.a. wörtlich:

"Der Voranschlag 1990 ergibt zwar ein positives Bild, doch zeigen Veränderungen in der Ausgabenstruktur, daß mittelfristig der Budgetspielraum wieder enger wird." "... das geringere Defizit im Voranschlag ist ausschließlich höheren Einnahmen zu danken ..."

"... mehr als 8 Milliarden Schilling Einnahmen (stammen) aus Rücklagenentnahmen ..."

"Der Zinsaufwand nimmt im nächsten Jahr wieder stärker zu als in den letzten Jahren". Dies geht unter anderem "auf die steigende Finanzschuld zurück".

"Ein Vergleich zwischen der mittelfristigen Budgetprognose des Finanzministeriums und dem Konsolidierungsziel für die Jahre nach 1990 ergibt, daß entlastende Maßnahmen im Ausmaß ... zwischen 30 und 36 Milliarden Schilling pro Jahr notwendig werden ..."

"Die Ausgaben für die Finanzierung nehmen langfristig stark zu" und "spiegeln auch die Verlagerung zu außerbudgetären Finanzierungen", weil "immer mehr öffentliche Investitionen, die früher aus dem Budget gedeckt wurden, nunmehr außerbudgetär finanziert" werden.

Das Prinzip der Budgetwahrheit wird aber nicht nur durch Vermögensumschichtungen und außerbudgetäre Finanzierungsformen verletzt, sondern 1990 auch durch die fehlende Vorsorge für sich bereits abzeichnende zusätzliche Gehaltserhöhungen der öffentlich Bediensteten. So sind im Bundesvoranschlag 1990 nur 2,9 % Gehaltserhöhung budgetiert, während andere Berufsgruppen für nächstes Jahr Lohnerhöhungen zwischen 5 % und 6 % vereinbaren konnten.

Dies hat dazu geführt, daß auch die "Gewerkschaft öffentlicher Dienst" die Wiederaufnahme von Verhandlungen verlangt und neue Gehaltsforderungen angemeldet hat. Zeitungsberichten

zufolge hat die Beamtengewerkschaft eine zusätzliche Gehaltserhöhung von 500,-- Schilling gefordert, welche das Budget 1990 mit rund 4 Milliarden Schilling belasten würde. Die grundsätzliche Bereitschaft des Herrn Finanzministers, diesbezügliche Verhandlungen aufzunehmen, ist vom ÖGB bereits als Durchbruch in der Sache selbst gewertet worden. Es ist daher davon auszugehen, daß im kommenden Wahljahr die Beamten eine entsprechende Gehaltserhöhung durchsetzen werden. Deshalb müßte im Bundesbudget 1990 in Form einer Pauschalvorsorge, wie dies bisher üblich war, vorgesorgt werden. Andernfalls verliert das Budget bzw. das ausgewiesene Defizit endgültig jede Ausagekraft.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die

A n f r a g e :

- 1) Gehen Sie mit der Feststellung des Wirtschaftsforschungsinstitutes konform, daß das gegenüber der Budgetprognose geringere Defizit im Voranschlag 1990 ausschließlich höheren Einnahmen zu danken ist?
- 2) Wenn nein, wie erklären Sie sich diese in Ihren Augen unhaltbare Auffassung des Wirtschaftsforschungsinstitutes?
- 3) Können Sie die Feststellung des Wirtschaftsforschungsinstitutes bestätigen, daß immer mehr öffentliche Investitionen, die früher aus dem Budget gedeckt wurden, nunmehr außerbudgetär finanziert werden?
- 4) Wenn ja, wodurch ist dies - von der Verschleierung des Defizits abgesehen - etwa beim Bundeshochbau gerechtfertigt?
- 5) Wenn nein, wie erklären Sie sich diese in Ihren Augen unhaltbare Auffassung des Wirtschaftsforschungsinstitutes?
- 6) Führen Sie - so wie die Anfragesteller - die Feststellung des Wirtschaftsforschungsinstitutes, daß der Budgetspielraum mittelfristig wieder enger wird, auf die nicht erfolgten Strukturreformen zurück?

- 7) Teilen Sie die Auffassung des früheren Staatssekretärs und jetzigen Leiters des Instituts für höhere Studien, Prof. Hans Seidel, daß das strukturbedingte Defizit im Zeitraum zwischen 1986 und 1989 größer anstatt kleiner wurde?
- 8) Wenn nein, wie erklären Sie sich diese offensichtlich falsche Auffassung von Prof. Hans Seidel?
- 9) Teilen Sie die Auffassung der OECD, daß die strukturelle Budgetkonsolidierung weniger stark ausgeprägt war, als das vom Schrumpfen des Defizits suggeriert wird?
- 10) Teilen Sie auch die Auffassung der OECD, daß der Österreichische Bundeshaushalt 1989 nach der Bereinigung um Privatisierungserlöse und um die Auflösung von Reserven eine neuerliche Schwächung der Budgetstruktur zeigt?
- 11) Wenn nein, wie erklären Sie sich diese offenbar falschen Feststellungen der OECD?
- 12) Wie erklären Sie sich die von der OECD, dem Wirtschaftsforschungsinstitut, dem Leiter des Instituts für höhere Studien und von Ihren eigenen Staatssekretären unisono formulierte Kritik an der Budgetpolitik der Bundesregierung?
- 13) Womit begründen Sie trotz dieser breiten und von kompetenter Seite vorgebrachten Kritik Ihr Festhalten an der Behauptung einer erfolgreichen Budgetsanierung oder gehen Sie davon ab?
- 14) Teilen Sie die Auffassung des Wirtschaftsforschungsinstitutes, das zur Erreichung des Konsolidierungsziels in den kommenden Jahren budgetäre Entlastungen in der Größenordnung zwischen 30 und 36 Milliarden Schilling pro Jahr notwendig sind?
- 15) Wenn nein, wie hoch schätzen Sie diesen jährlichen Sanierungsbedarf?
- 16) Werden Sie die Öffentlichkeit noch vor der kommenden Nationalratswahl informieren, durch welche Maßnahmen dieser Betrag aufgebracht werden soll?

- 17) Wie lauten die aktuellen Forderungen der Beamtenengewerkschaft?
- 18) Welche zusätzliche Budgetbelastung würde sich daraus ergeben?
- 19) Können Sie eine zusätzliche Gehaltserhöhung für die Beamten ausschließen?
- 20) Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, daß für die zu erwartende zusätzliche Gehaltserhöhung des öffentlichen Dienstes noch vor der endgültigen Beschußfassung im Bundesvoranschlag 1990 vorgesorgt wird?
- 21) Wenn nein, durch welche Maßnahmen werden Sie eine Abgangserhöhung aus diesem Titel verhindern?

Wien, den 13. Dezember 1989